

DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Nummer 18 · April 2010

Ein Glaspalast für 45 Millionen Euro?

DIE LINKE stimmt als einzige Fraktion geschlossen
gegen den Landtagsneubau



In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial	Seite 2
Landtagsabriss kommt Land teuer zu stehen	Seite 2
Skandal um lange verweigerte Einbürgerung	Seite 3
Kostenlose Verhütungsmittel für Bedürftige	Seite 3
Sofortiger Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo!	Seite 3
Kennzeichnungspflicht für Polizisten überfällig	Seite 4
Ausbau vieler Eisenbahnstrecken gefährdet	Seite 4

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Editorial

Lieber Leserinnen, liebe Leser,



zur Halbzeit des März-Plenums gab es einen konkreten Erfolg: Unsere Genossin Jannine Menger-Hamilton wurde informiert, dass sie – über 860 Tage nach

Antragsstellung – nun doch ihren deutschen Pass erhalten werde; allen Versuchen des Innenministers Uwe Schönemann (CDU) zum Trotz, das unter fadenscheinigen Argumenten zu verhindern. Glückwunsch, Jannine! Weil es uns nicht nur um Mitglieder unserer Partei geht, sondern darum, dass Einbürgerungen nicht nach politischer Willkür, sondern nach Recht und Gesetz erfolgen, haben wir uns über die Nachricht gefreut, dass auch Aram A. aus Syrien, dessen Fall wir ebenfalls im Landtag zur Sprache gebracht hatten, nun seinen deutschen Pass erhalten soll. Zuweilen gelingt es doch, der Vernunft zum Recht zu verhelfen.

Noch nicht geklappt hat das bei der Debatte um den Landtags-Plenarsaal. Wir hatten als einzige Partei eine klare Furche gezogen: Angesichts des Zustandes vieler Hochschulen, Krankenhäuser und Landesstraßen in Niedersachsen ist es falsch, mindestens 45 Millionen auszugeben für den Totalabriss eines kaum 50 Jahre alten Gebäudes und die Errichtung eines Palazzo Protzos an seiner Stelle. Aber immerhin: Unsere klare Position gegen Verschwendung und für die Priorität des Sozialen hat große Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gefunden.

So werden wir weitermachen: Klare Kante für soziale Gerechtigkeit und Vernunft.

Herzliche Grüße

Manfred Sohn
(Fraktionsvorsitzender)

Landtagsabriss kommt Land teuer zu stehen

Hauseigentümer dürfen ein denkmalgeschütztes Haus nicht einfach umbauen oder sogar abreißen lassen. Für Landespolitiker/innen gelten offensichtlich andere Gesetze. Eine Mehrheit von 91 Abgeordneten hat beschlossen, den erst 1962 eingeweihten und mittlerweile denkmalgeschützten Plenarsaal des bekannten Nachkriegs-Architekten Dieter Oesterlen abzureißen und durch einen rund 45 Millionen Euro teuren Neubau zu ersetzen – ein dreistöckiger quadratischer Glaspavillon, der von schlanken Säulen gesäumt wird. Der Plan stammt von dem Kölner Architekten Professor Eun Young Yi. Zuvor war der Fraktionszwang aufgehoben worden, sodass jede und jeder Abgeordneter unabhängig von der Parteizugehörigkeit abstimmen konnte. Die Linksfraktion votierte zusammen mit 27 Abgeordneten anderer Fraktionen gegen den

schädigte Personen, und diese sind kaum in Sicht. Ein Weg könnte es sein, dass einzelne Abgeordnete des Landtages klagen, weil sie das Denkmal, in dem sie arbeiten, als gefährdet ansehen und schützen wollen.

„Palazzo Protzo“ statt sanierter Krankenhäuser?

In der mehr als dreistündigen Landtagsdebatte hielt LINKEN-Fraktionschef Dr. Manfred Sohn der abrisswilligen Mehrheit vor allem die hohen Kosten eines Neu- oder Umbaus und warnte vor dem Bau eines „Palazzo Protzos“. Er forderte stattdessen, Geld für die Sanierung maroder Schulen, Krankenhäuser und Hochschulen im Land bereitzustellen. Die hannoversche LINKEN-Abgeordnete Christa Reichwaldt sprach ungeklärte Punkte an, die



Der Glaspavillon: Entwurf des Kölner Architekten Yi

Abriss und für eine kostengünstige Sanierung des Gebäudes. Darunter auch CDU-Abweicher aus Hannover, die wohl die nahende Kommunalwahl im Hinterkopf hatten – schließlich lehnt die große Mehrheit der Bevölkerung in Hannover den Abriss ab. Die Grünen und Teile der SPD wollen zwar die Fassade weitgehend erhalten, aber das Gebäude sonst komplett umbauen.

Verlust eines Stückes niedersächsischer Geschichte

Die Landesdenkmalkommission hat den Abriss und den geplanten Neubau kritisiert: Der Beschluss der Abgeordneten verstoße gegen geltendes Recht und zerstöre ein wichtiges Baudenkmal des jungen Landes Niedersachsen. Da aber das Denkmalrecht im Gegensatz zum Naturschutzrecht keine Verbandsklage kennt, ist eine Klage gegen den gezielten Gesetzesbruch eventuell nur schwer oder auch überhaupt nicht möglich. Klagen können laut Verwaltungsrecht nämlich nur individuell ge-

mit dem Abriss verbunden sind und zusätzliche Steuergelder verschlingen könnten. Sie erinnerte an einen Architektenwettbewerb vor acht Jahren und warnte vor möglichen Regressforderungen der damaligen Wettbewerbssieger. Denkbar wäre eine Klage des hannoverschen Architektenbüros Koch und Panse, das vom Landtag damals als Sieger für einen Umbau auserkoren worden war, jetzt aber nicht mehr zum Zuge kommt. Gegen den Abriss will auf jeden Fall die Witwe von Dieter Oesterlen klagen, weil die Abrissbefürworter mit ihrem Beschluss aus ihrer Sicht auch gegen das Urheberrecht verstoßen. Der Plenarsaal als Einheit mit dem von Oesterlen umgebauten historischen Leineschloss steht als Gesamtwerk unter dem Schutz des Denkmal- und Urheberrechts. All diese Fragen hätten geklärt werden müssen, bevor das Verfahren überhaupt in Gang gesetzt wurde, so Christa Reichwaldt. Ihre Befürchtung: „Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler können froh sein, wenn sie keine Millionenkosten zu schultern haben, bevor der erste Stein gelegt ist.“

Skandal um lange verweigerte Einbürgerung

Eigentlich sollten sich integrierte Menschen ohne deutschen Pass problemlos einbürgern lassen. In Niedersachsen ist das aber offenbar nicht so, wenn die Antragsteller Linke sind. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) nutzt Einbürgerungsverfahren als Kampfinstrument gegen politische Gegner. Jüngstes Beispiel ist Jannine Menger-Hamilton: Die Tochter italienischer bzw. schottischer Eltern ist in Niedersachsen, aufgewachsen, hat hier Abitur gemacht und studiert. Vor zweieinhalb Jahren beantragte sie ihre Einbürgerung – und wurde seitdem hingehalten. Erst nachdem die Presse aufmerksam wurde und öffentlichen Druck entfalte, bekam Menger-Hamilton jetzt ihren deutschen Pass. Vorausgegangen war eine hitzige Debatte im Landtag, in der LINKEN-Fraktionschefin Kreszentia Flauger Schünemann scharf angriff. Sie verglich ihn mit Joseph McCarthy, dem US-Kommunistenjäger des Kalten Krieges. Schünemann betreibe eine Hexenjagd auf alles, was links ist: „Das ist ein rechtsstaatlicher Skandal und eine niederträchtige Art der politischen Auseinandersetzung“.

Fünfmal hat der Verfassungsschutz der Region Hannover seine „Bedenken“ gegen die Einbürgerung mitgeteilt. Die Einwände gipfelten in der Feststellung: „Es kann kein Interesse daran be-

stehen, eine Person einzubürgern, die Mitglied einer Partei ist, zu deren Grundlagen der Marxismus und dessen Förderung gehört.“ Auf einem Schreiben der Einbürgerungsakte steht außerdem die Notiz: „Ist mit der Hausleitung des MI



Jannine Menger-Hamilton

abgestimmt“. Die Abkürzung steht für Innenministerium. Bisher drückt sich Schünemann um die Aussage, wer mit „Hausleitung“ gemeint ist. Einer Nachfrage der LINKEN ist er ausgewichen: Der Verfasser dieses Vermerks lasse sich nicht identifizieren. Danach hatte die Linksfraktion aber gar nicht gefragt. Auch ohne den Verfasser zu kennen, sollte der Innenminister wissen, wer aus seinem Hause sich mit der Region Hannover abgestimmt hat. Kreszentia Flauger vermutet, dass mit der „Hausleitung des MI“ entweder Schünemann selbst gemeint ist, oder einer seiner Spitzenbeamten.

Kostenlose Verhütungsmittel für Bedürftige

Fast absurd, aber leider traurige Realität: Pille oder Kondom verweigert, Abtreibung bezahlt – mit dieser Situation sind viele Hartz-IV-Empfängerinnen konfrontiert. Nicht wenige werden schwanger, weil sie die Verhütungsmittel nicht bezahlen können. Die Krankenkassen tragen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel nämlich bisher nur bei Frauen bis zum 20. Lebensjahr. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche werden dagegen übernommen. Die Linksfraktion hat deshalb eine Bundesratsinitiative beantragt, um die Krankenkassen zu verpflichten, bei Hartz-IV- und Sozialhilfe-Empfängern auch die Kosten für die Schwangerschaftsverhütung zu übernehmen. „Wir zahlen zurzeit nicht für Vorbeugung, sondern geben Geld für Schadensbegrenzung“, kritisiert Patrick Humke-Focks, sozialpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag. „Die moralischen und sozialen Konflikte, in die Betroffene dadurch geraten, hat die herrschende Politik mit zu verantworten.“

Im Hartz-IV-Regelsatz sind derzeit nur 13 Euro pro Monat für Medikamente und die medizinische Versorgung vorgesehen. Da der gesamte Regelsatz realitätsfremd ist, fehlt Arbeitslosen das Geld für Kondome oder die Pille. Laut einer Untersuchung von pro familia in Köln ist die Quote von Frauen, die regelmäßig verhüten, unter den Sozialleistungsbezieherinnen nach der Einführung von Hartz IV von ehemals 67 Prozent auf 30 Prozent gesunken. Von 69 befragten Frauen zwischen elf und 45 Jahren sind 27 schwanger geworden – alle ungewollt. Die Diakonie in Niedersachsen hat in der Schwangerschafts-Konfliktberatung ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend: Wenn das Ringen im Alltag vor allem darin besteht, einen Weg aus Erwerbslosigkeit und Armut zu finden, dann kommt eine ungewollte Schwangerschaft wie eine Hiobsbotschaft. „Eine Gesellschaft, die das Recht auf Schwangerschaftsverhütung nicht zum Existenzminimum zählt, hat die Menschenwürde aus den Augen verloren“, betont Humke-Focks.

Sofortiger Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo!

Angesichts der rigiden Abschiebep Praxis von Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat DIE LINKE einmal mehr einen sofortigen Stopp dieser menschenfeindlichen Politik gefordert. Betroffen sind vor allem Roma aus dem Kosovo: Erst vor kurzem haben 150 Menschen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Bundesrepublik verlassen müssen – unter ihnen viele Angehörige der Roma- und Aschkali-Minderheiten, Familien mit Kindern, Alte und Kranke.

Falsch sind deshalb Behördenbehauptungen, es hätte sich um Alleinstehende und Straftäter gehandelt. Eine fünfköpfige Roma-Familie hat inzwischen Zuflucht in der Pfarrkirche der evangelisch-lutherischen Trinitatis-Gemeinde in Moringen im Landkreis Göttingen gefunden. Die Familie konnte so einer drohenden Abschiebung vorerst entgehen. Andere Flüchtlinge tauchen in die Illegalität ab, um nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren zu müssen. Vor einer Abschiebung in den Kosovo warnt auch Amnesty International und berichtet von großer Armut und Diskriminierung. Roma seien im Kosovo quasi vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, die Arbeitslosigkeit liege bei fast 50 Prozent. Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar des Europarates, berichtet von Roma-Flüchtlingen, die in bleiverseuchten Lagern leben müssten. Die Re-Integrationsstrategie der kosovarischen Regierung sei bisher nicht umgesetzt worden. In den Gemeinden vor Ort gebe es nicht einmal ein Budget dafür, so Hammarberg. „Statt das Geld für Abschiebungen auszugeben, sollten wir es vielmehr für Integrationsmaßnahmen in unserem Land einsetzen“, fordert Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Ausbau vieler Eisenbahnstrecken gefährdet

Das Bundesfinanzministerium beteiligt sich nach Auskunft von Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) mit 19 Millionen Euro an den Planungskosten der sogenannten Y-Trasse. Diese Bahnstrecke zwischen Hannover, Hamburg und Bremen soll die Seehäfen mit dem Hinterland verbinden. Für den Fall, dass die umstrittene Bahntrasse nicht kommen sollte, betreibe das Land keine Alternativplanung, sagte Bode auf eine Anfrage der Linksfraktion. Diese wollte wissen, wie die Landesregierung trotz angekündigter Geldkürzungen des Bundes das Schienennetz in Niedersachsen ausbauen will. Hintergrund ist die Ankündigung des Bundesverkehrsministeriums, nach der viele Neu- und Ausbauprojekte, die laut Bundesverkehrswegeplan zum vordringlichen Bedarf zählen, nicht gesichert sind – unter anderem die dritte Ausbaustufe zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven, die Elektrifizierung der Strecke von Langwedel nach Uelzen oder der zweigleisige Ausbau zwischen Rotenburg und Minden. Fachleute raten, statt der teuren Y-Trasse vor allem vorhandene Schienenstrecken auszubauen. Das sei preisgünstiger, effektiver und schneller umsetzbar – zumal die Y-Trasse allein den Mehrbedarf an Güterverkehr in den nächsten Jahrzehnten nicht auffangen könne. Gründe seien der Ausbau der Häfen in Hamburg und Bremerhaven sowie der Neubau des Tiefwasserhafens Jade-WeserPort in Wilhelmshaven. Die Linksfraktion hatte dazu im vergangenen Jahr eine viel beachtete Studie vorgelegt, die Sie unter www.linksfraktion-niedersachsen.de/politik/grundsaeetze/ herunterladen können.

Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Redaktion: Christian Degener, Michael Fleischmann und Jan Langehein
Titelbild: Rainer Recke/fotografik
V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt

Kennzeichnungspflicht für Polizisten überfällig

Damit Demonstrantinnen und Demonstranten strafbare Handlungen einzelner Polizeibeamte anzeigen können, hat die Linksfraktion eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei beantragt. Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, unter Beteiligung des Hauptpersonalrates der Polizei eine Verwaltungsvorschrift zu erlassen, nach der Polizisten im Dienst ein Namensschild oder eine Dienstnummer tragen müssen. Die Vorschrift soll zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten. Eine Dienstnummer schließt zugleich aus, dass Polizisten Opfer von Racheakten werden könnten, was die Gewerkschaft der Polizei bei Namensschildern befürchtet. Das Problem: Die Beamten tragen bei Demonstrationen Schutzkleidung, teilweise auch Sturmhauben. Dadurch haben Betroffene bisher keine Möglichkeit, einzelne Polizisten zu identifizieren; die Beamten sind in solchen Fällen gegen eine Strafverfolgung quasi immun. Die Kennzeichnungspflicht lässt sich auch aus dem Rechtsstaatsprinzip nach Artikel 19 des Grundgesetzes ableiten – danach hat der Betroffene eine Rechtsschutzgewähr. Dieses Recht läuft aber ins Leere, wenn der Beschuldigte nicht auszumachen ist.

DIE LINKE steht mit ihrer Forderung nicht allein. Die Kennzeichnungspflicht fordern auch Bürgerrechtsgruppen wie Amnesty International, und sie ist in anderen Ländern schon umgesetzt. In Großbritannien und Nordirland tragen Beamtinnen und Beamte mit Polizeibefugnissen Kennnummern. In Spanien haben die Policía Nacional und die Guardia Civil Identifizierungsnummern an der Uniform, in London und New York tra-

gen Polizisten Namensschilder. In Berlin erhält die Polizei mit den neuen blauen Uniformen zugleich ein Namensschild und ein Nummernschild, die sichtbar angeheftet sein müssen; und auch in Schleswig-Holstein berät der Landtag derzeit eine entsprechende Initiative.

Vertrauen in Polizei wird gestärkt

„Mit der Kennzeichnungspflicht wird kein Generalverdacht gegen die Polizei ausgesprochen“, betont Pia Zimmermann, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Vielmehr werde dadurch ein Vertrauen in die Polizei geschaffen, dass durch anonymisierte Großaufgebote gefährdet werden könne. „Wenn Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass sich Polizisten aufgrund ihrer Anonymität alles herausnehmen können, dann verlieren sie das Vertrauen in die Polizei“, unterstreicht Zimmermann. „Das schadet jener Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten, die ihre Aufgabe korrekt, verantwortungsvoll und engagiert erfüllen.“

Wie wichtig eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte gerade auch in Niedersachsen ist, zeigen die Castortransporte, bei denen zwischen 10.000 und 15.000 Einsatzkräfte im Dienst sind. Der LINKE Abgeordnete Kurt Herzog aus Lüchow-Dannenberg berichtete im Landtag, wie er als Anwohner, der sich ausgewiesen hatte, von verummten Polizisten mit Schlagstöcken zu Boden geprügelt wurde. „Menschen, die zu Unrecht von Staatsgewalt oder von staatlichen Hoheitsakten betroffen sind, müssen ein Recht darauf haben, dass das aufgeklärt wird“, forderte Herzog.

Neu erschienen: Lagebericht Rechtsextremismus in Niedersachsen Neonazis zwischen Küsten und Harz

Weiteres Informationsmaterial
finden Sie auf unserer Homepage:
www.linksfraktion-niedersachsen.de

Anschrift der Fraktion:
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Kontakt:
Tel.: 05 11 / 30 30 44 02
Fax: 05 11 / 30 30 48 80
info@linksfraktion-niedersachsen.de
www.linksfraktion-niedersachsen.de

